

RWE-Tagebau-Standort Hambach im rheinischen Braunkohlerevier: Der Energiesektor ist die grösste Quelle von Treibhausgasemissionen.



## Los jetzt!

Wir müssen den Klimawandel schneller bekämpfen.  
Ein Fachmann über fünf konkrete Vorschläge.

**TEXT ION KARAGOUNIS**

Mit Planen geschützter Rhonegletscher im Sommer 2021: Wissenschaftler schätzen, dass er bis 2100 verschwunden sein wird.



«Demokratie ist halt so, das geht nicht schneller.» Diese Aussage kann mich zur Weissglut treiben. Im Kern mag sie richtig sein, gleichzeitig scheint sie mir als Ausrede dafür zu dienen, nichts gegen die Klimakrise unternehmen zu müssen.

Vielen Menschen genügt es allerdings nicht mehr, auf morgen vertröstet zu werden. Sie suchen neue Wege. Sie wollen die demokratischen Entscheidungsprozesse beschleunigen, sie mit zusätzlichen Elementen ergänzen oder sie teilweise umgehen. Welche Ideen versprechen Erfolg? Und was haben sie bis heute bewirkt? Fünf Vorgehensweisen unter der Lupe.

---

## 1 Klimaschutz über Gerichte erzwingen

Weltweit reichen immer mehr Menschen oder Organisationen Klimaklagen ein, um Staaten oder Unternehmen zum Handeln zu zwingen. Laut dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen gab es in den vergangenen Jahren fast 2200 Verfahren. Einige wahrlich spektakuläre Urteile sind bereits gefallen: 2022 verpflichtete das niederländische Bezirksgericht in Den Haag den Ölkonzern Shell, seine CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 um 45 Prozent zu

senken. In Deutschland hat das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Ende 2023 die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung in mehreren Punkten als rechtswidrig verurteilt. Die Regierung muss nun Sofortprogramme für mehr Klimaschutz im Verkehr und bei Gebäuden ausarbeiten.

Andere Fälle sind noch hängig. Zum Beispiel der des peruanischen Bauern Saúl Lliuya. Er klagte gegen den deutschen Energieriesen RWE, weil dieser mit seiner Kohleförderung besonders stark zum Klimawandel beitrage und damit seine Existenzgrundlage zerstöre.

Die Schwierigkeit solcher Klagen: Kann ein direkter Zusammenhang bewiesen werden zwischen den CO<sub>2</sub>-



Emissionen eines Unternehmens oder dem Nichtstun eines Staates und dem Fortschreiten des Klimawandels und den Schäden, den eine Einzelperson oder eine Gruppe dadurch erleidet?

Solche Zusammenhänge lassen sich etwas einfacher beweisen bei einer Industrieanlage, die Abgase oder Abwasser an die Umwelt abgibt und die Menschen in unmittelbarer Nähe gefährdet. Viel schwieriger – oder vielleicht unmöglich – hingegen ist nachzuweisen, dass RWE die Lebensgrundlagen eines Peruaners zerstört.

Ein Kunststück dieser Art ist den Schweizer Klimaseniorinnen gelungen. Anfang April verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Schweiz unter anderem wegen einer Verletzung des Rechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens. Die Schweiz tue nicht genug, um die Bevölkerung vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. Zum ersten Mal hat damit der EGMR einen Staat wegen ungenügender Massnahmen gegen den Klimawandel gerügt und den Schutz der Menschenrechte mit der Einhaltung von Umweltauflagen verknüpft.

Selbst wenn ein Teil der Klagen am Ende erfolgreich ist, viel schneller werden wir dadurch nicht im Kampf gegen die Klimakrise. Denn die Verfahren dauern Jahre. In vielen Fällen bleibt eine Verurteilung ohne direkte Folge.

Der EGMR hat zwar den Klimaseniorinnen recht gegeben und die Schweiz verurteilt, aber direkte Konsequenzen für das Klima wird das Urteil nicht haben – nur die Schweizer Politik kann den beklagten Missstand beseitigen.

Trotzdem entfalten Urteile eine Signalwirkung: Sie üben Druck aus auf Staaten und Unternehmen. Präzedenzfälle wie das Urteil gegen Shell oder jetzt gegen die Schweiz könnten dereinst ganze Branchen und Länder zum Umdenken bringen. Langfristig geht der Trend eindeutig hin zu mehr Schutz – für die menschliche Gesundheit, für die Umwelt und für nicht-menschliche Lebewesen.

Selbst Flüsse, Berge und Wälder haben in den letzten Jahren eigene Rechte erhalten, etwa in Ecuador,

## Wir brauchen mehr Aktivismus, nicht weniger. Die Medien berichten kaum über friedliche Proteste. Über zivilen Ungehorsam umso mehr.

Neuseeland oder Kanada, jüngst auch das Mar Menor, eine Salzwasserlagune im Südosten Spaniens.

*Beschleunigung: kaum*

*Wirksamkeit: langfristig hoch*

### 2

## Bewilligungsverfahren beschleunigen

Die Idee ist nicht neu, zurzeit jedoch wieder aktuell im Schweizer Parlament: Bewilligungsverfahren, beispielsweise zum Bau von Windkraftanlagen oder Solarparks, sollen beschleunigt werden.

Vom ersten Plan bis zum letztinstanzlichen Gerichtsurteil können heute bei umstrittenen Projekten zehn oder mehr Jahre vergehen. Das ist ein Ärgernis für alle. Es geht Kraft und Energie verloren.

Zurzeit beraten National- und Ständerat eine Beschleunigungsvorlage für den Bau von Wind-, Solar- und Wasserkraftwerken. Verschiedene Verfahrensstufen sollen zusammengelegt werden. Wird das helfen? Vermutlich schon. Aber man müsste noch weiter gehen: Man müsste die Zuständigkeit der Kantone für die Planung und Bewilligung aufheben und durch eine na-

tionale Koordination ersetzen. Dazu eignet sich ein Sachplanverfahren. Wir kennen es bereits für elektrische Übertragungsleitungen, für den Verkehr, für das geologische Tiefenlager oder für landwirtschaftliche Fruchtfolgeflächen. Es hat sich bewährt, denn es ermöglicht qualitativ bessere Verfahren, bei denen Konflikte früh erkannt und gelöst werden können.

Ein weiterer Missstand wird ebenfalls nur zögerlich angegangen: Behörden und Gerichte brauchen viel zu lange, um die Projekte respektive die Rekurse und Gerichtsfälle zu bearbeiten. Während Rekurrenten ihre Eingaben in der Regel innerhalb von dreissig Tagen einreichen müssen, kann deren Bearbeitung Monate, wenn nicht gar Jahre in Anspruch nehmen. Das Parlament ermuntert zwar die Gerichte, kürzere Fristen vorzusehen – dazu bräuchten diese aber mehr Personal. Höhere Stellenetats kann jedoch nur die Politik bewilligen.

Wollen wir in absehbarer Zukunft unsere Energieversorgung erneuerbar ausgestalten, müssen wir an Tempo zulegen. Die Beschleunigungsvorlage ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ein Aber gibt es jedoch: Mit der Beschleunigung können nicht nur umweltfreundliche Projekte schneller realisiert werden, sondern auch umweltschädliche. Damit es nicht zu kontraproduktiven Effekten kommt, muss

eine saubere inhaltliche Beurteilung und Interessenabwägung möglich bleiben.

*Beschleunigung: potenziell hoch*

*Wirksamkeit: hoch, kontraproduktive Effekte möglich*

---

### 3

## Aktivismus intensivieren

Mit Protesten auf der Strasse, zivilem Ungehorsam und Aktionen im Graubereich der Legalität gewinnt man Aufmerksamkeit und erhöht den Druck auf die Politik.

Fridays for Future, Klimastreik, Extinction Rebellion, Renovate Switzerland oder Letzte Generation heissen die Gruppierungen, die mit verschiedenen Aktionen auf der Strasse einen schnelleren Kampf gegen die Klimakrise einfordern. Vor Corona bildeten sich zeitweise Massenbewegungen, die im September 2019 selbst in der Schweiz viele zehntausend Menschen auf die Strassen brachten und viel Sympathie genossen. Heute ist davon ein Kern an Menschen geblieben, die mit ihren teilweise als illegal bewerteten Aktionen immer wieder den Ärger auf sich ziehen.

Sind solche Aktionen wirksam? Nicht wenige verneinen das zurzeit, manche lasten sogar das schlechte Abschneiden der grünen Parteien in den vergangenen Wahlen den «Klimaklebern» an.

Aber: Die Abschaffung der Sklaverei, die rechtliche Gleichstellung von Menschen, die Einführung des Frauenstimmrechts, die Duldung gleichgeschlechtlicher Liebe – all das wäre nicht erreicht worden, wenn nicht mutige Menschen die Grenzen der Konformität und der Legalität überschritten hätten.

Das britische Social Change Lab, eine gemeinnützige Gesellschaft, kam in einer Studie zu einem klaren Schluss: Radikale – aber nicht gewalttätige – Gruppierungen verleihen einer sozialen oder ökologischen Forderung eher Auftrieb, als dass sie schaden. Die

Radikalen selbst und ihre Methoden mögen zwar in der Öffentlichkeit in Ungnade fallen – die Ziele, die sie verfolgen, werden jedoch kaum infrage gestellt. Vielmehr wenden sich die Menschen moderaten Gruppierungen mit denselben Zielen zu. Entscheidend dabei sind die Medien: Während sie kaum über friedliche Proteste berichten, räumen sie Aktionen zivilen Ungehorsams breiten Raum ein – und Millionen von Menschen sprechen über das Thema.

Wir urteilen über vergangene Aktionen positiver als über aktuelle. Martin Luther King geniesst heute Heldenstatus für seinen Kampf für die Gleichberechtigung schwarzer Bürgerinnen und Bürger in den USA. In den Jahren 1963 bis 1966, auf dem Höhepunkt seines Wirkens, hatte noch eine Mehrheit der befragten Menschen ein unvorteilhaftes Bild von ihm.

*Beschleunigung: manchmal hoch, manchmal verzögernd*

*Wirksamkeit: langfristig hoch*

---

### 4

## Zukunftsräte einrichten

Zufällig ausgewählte Menschen bilden einen Zukunfts- oder Bürgerinnenrat und beraten darüber, wie mit wichtigen gesellschaftlichen Fragen umzugehen ist. Die Idee dahinter: Eine solche Gruppe entscheidet sich eher für das Gemeinwohl (und somit für griffigere Massnahmen, etwa gegen die Klimakrise) als gewählte Politiker, die wieder gewählt werden wollen.

Verschiedene Länder haben in den vergangenen Jahren Erfahrungen mit Zukunfts- oder Bürgerräten gesammelt. In Schottland, Spanien, Irland oder Österreich geben sie unterdessen regelmässig Empfehlungen an die Regierungen ab, die schriftlich darauf reagieren müssen. Das bekannteste Beispiel ist wohl die Convention Citoyenne pour le Climat in Frankreich. Sie hat 2020 einen Massnahmenplan mit 149 Punkten ausgearbeitet. Obwohl Präsident Macron die Gruppe zuerst

aktiv unterstützt hatte, ist die Politik bisher nicht auf die Vorschläge eingegangen. Dafür hat sich eine Gruppe von Unternehmen inspirieren lassen und die Convention des Entreprises pour le Climat gegründet. Sie treibt den Klimaschutz in der französischen Wirtschaft voran.

Erst wenige Erfahrungen gibt es in der Schweiz. In einem Bürgerpanel für mehr Klimaschutz in Uster haben im Sommer 2021 zwanzig ausgeloste Einwohnerinnen und Einwohner verschiedene Empfehlungen erarbeitet. Dazu zählen die Verwendung von einheitlichem Mehrweggeschirr bei Takeaway-Angeboten, obligatorische Besuche von Bauernhöfen für Schulklassen oder die Schaffung einer Plattform für Mietwerkzeuge. Einen Teil davon hat die Stadt unterdessen umgesetzt, für andere hat sie sich jedoch nicht weiter engagiert, da es sich nicht um städtische Aufgaben handle. In Winterthur und in Thalwil fanden ähnliche Panels statt. Auf nationaler Ebene hat eine linksliberale Gruppierung rund um den Unternehmer Rolf Fehlbaum kürzlich die Idee einer dritten parlamentarischen Kammer für die Schweiz lanciert (Magazin N° 34/2023).

Zwei wichtige Fragen stellen sich: Erstens: Wie werden die Ergebnisse der Zukunftsräte in die bestehenden demokratischen Prozesse eingebaut – handelt es sich um verbindliche Entscheidungen oder um lose Empfehlungen? Je verbindlicher die Empfehlungen ausgelegt werden, desto stärker konkurrenzieren sie das bestehende demokratische System.

Zweitens: Ermöglichen die Räte mehr Klimaschutz? In vielen untersuchten Beispielen wurde zumindest ein positiver Effekt festgestellt: Einwohner fühlen sich ernst genommen, sie engagieren sich stärker für das Gemeinwesen und identifizieren sich stärker mit der parlamentarischen Demokratie. Umgekehrt gilt dasselbe: Mitarbeitende der öffentlichen Verwaltung schätzen den Austausch mit der Bevölkerung und das stärkere Engagement. Vielerorts zeigte sich, dass die Bürgerinnen durchaus strengere Klimaschutzmassnahmen akzeptieren würden, als es ihnen die gewählten Politiker zumuten. —>

Gut möglich, dass damit mittelfristig bessere Entscheide für den Schutz des Klimas zustande kommen, schnellere Entscheide werden wir jedoch nicht fällen.

*Beschleunigung: nein*

*Wirksamkeit: vermutlich mittel (wenig Langfristerfahrung)*

## 5

### Modell Nationalbank anwenden

Der Ansatz: Expertenwissen erhält einen grösseren Einfluss als heute im Umgang mit der Klimakrise. Die Politik legt die Grundsätze und Ziele der Klimapolitik fest. Über den Weg zur Umsetzung entscheiden jedoch Expertinnen und Experten.

Über die Rolle von Expertengremien in der politischen Entscheidungsfindung hat die Schweiz während Corona intensiv gestritten. Behagt uns die Einschätzung von Expertinnen

nicht, neigen wir dazu, sie abzulehnen und das Primat der Politik über dasjenige einer Experteneinschätzung zu betonen.

Für ein demokratisch regiertes Land scheint es mir alternativlos, dass Politik und Volk das letzte Wort haben. Trotzdem ist die Frage berechtigt: Ist es Aufgabe der Politik, über jedes Detail zu beraten und zu entscheiden? Nein. Mit einer neuen Zuteilung von Aufgaben und Kompetenzen zwischen Politik, Verwaltung und Expertinnen liessen sich viele Blockaden lösen, nicht nur beim Klimaschutz. In einem privatwirtschaftlichen Unternehmen werden ebenfalls nicht alle Entscheide auf oberster Ebene gefällt, sondern sachgerecht und vertrauensvoll nach unten delegiert.

Gefragt ist die richtige Balance zwischen Einfluss von Expertise und Politik. Ein Beispiel für eine solche Zusammenarbeit liefert Grossbritannien mit seinem Climate Change Committee (CCC), das vor fünfzehn Jahren gegründet wurde. Es bewertet die Fortschritte, die die Politik bei der Umsetzung der Klimaschutzgesetzgebung

macht, und berät die Regierung, wenn es um zusätzliche Massnahmen geht. Das britische Parlament hat bis heute alle sechs Kohlenstoffbudgets entsprechend den Empfehlungen des Komitees gesetzlich festgelegt. Nach seiner eigenen Einschätzung hat das CCC dazu beigetragen, «dass der Übergang zu netto null Emissionen auf breiter Basis unterstützt wird und schneller voransteht als in anderen G20-Ländern.»

Dank dem CCC und dem zugrunde liegenden Gesetz zählt heute ausgerechnet Grossbritannien zu den Vorreitern im Klimaschutz – trotz des Widerstands gegen weitere Massnahmen, den die gegenwärtige Regierung ausübt.

Wäre ein Expertengremium für Klimaschutz etwas Ungehöriges für die Schweiz?

Nein, im Gegenteil: Wir täten lediglich das, was wir bei anderen zentralen Fragen schon lange tun. Prominentes Beispiel dafür ist unsere Nationalbank. Sie hat vom Volk den Auftrag erhalten, für Preisstabilität und für ein stabiles Finanzsystem zu sorgen. In



# Der neue Passat

## Viel Platz für Ihr Leben

Unser beliebter Kombi fasziniert mit Eleganz und Sportlichkeit. Er verbindet grosszügiges Platzangebot mit hohem Reisekomfort. Dazu besticht er mit innovativen Technologien wie z. B. den ergoActive-Sitzen mit Massagefunktion. So ist entspanntes Ankommen garantiert, egal ob beim Business Lunch oder beim Fussballtraining der Kinder. Kurz: Auch Ihr Alltag wird im neuen Passat komfortabel Platz finden.



Ist es die Aufgabe der Politik, über jedes Detail zu beraten und zu entscheiden?  
**Nein.**

der Wahl der Mittel ist sie aber weitgehend frei, ausserdem geniesst sie eine grosse Unabhängigkeit. Einer Nationalbank werden viel weitreichendere Kompetenzen zugestanden als beispielsweise dem britischen CCC. Trotzdem stellt kaum jemand ihre Rolle infrage.

Oder kann sich jemand vorstellen, dass die Politik Leitzinsen festlegt? Dass gegen solche Beschlüsse Referenden ergriffen würden und es mehrere Monate bis zu einem Volksentscheid dauern könnte? Eben.

*Beschleunigung: mittel bis hoch*  
*Wirksamkeit: hoch*

Soweit die fünf Ansätze. Lohnt es sich, auf sie zu bauen?

Über die Vorgehensweisen Nummer eins (klagen) und drei (kleben) müssen wir nicht diskutieren. In einem demokratischen Rechtsstaat wird es immer Menschen geben, die diese Wege nehmen, egal ob es uns passt oder nicht, egal ob wir sie als legitim empfinden oder nicht.

Die drei anderen – Beschleunigen, mehr Einbezug von Bürgern, mehr Einbezug von Expertinnen – haben ebenso das Potenzial, uns im Klimaschutz weiterzubringen und unsere demokratischen Prozesse den aktuellen Herausforderungen anzupassen. Warum nur setzen wir nicht auf sie?

Wir glauben, in der besten aller Demokratien zu leben. Doch das Beste von heute ist nicht gut genug, um morgen bestehen zu können. **DM**

ION KARAGOUNIS ist beim WWF Schweiz zuständig für Zukunftsfragen und neue Wirtschaftsmodelle.  
[info@karagounis.ch](mailto:info@karagounis.ch)

Jetzt Probe fahren



## EDITORIAL / JENSEITS DER GEWISSEITEN

Liebe Leserin, lieber Leser,

Journalismus ist immer dann am stärksten, wenn er vermeintliche Gewissheiten so lange und so aufmerksam betrachtet, bis sie sich auflösen und etwas anderes, Neues zum Vorschein kommt. Ich kann getrost sagen, dass Sie in dieser Ausgabe von «Das Magazin» gleich mehrere Stücke serviert bekommen, die dieses Qualitätsversprechen einlösen.

Da ist das fulminante Gespräch, das unsere Reporterin Sascha Britsko mit dem Filmregisseur Luka Popadić führt. Es mag auf den ersten Blick irritieren, dass die beiden sofort per Du sind und auf eine vertraute, fast intime Weise miteinander sprechen. Aber es ist genau diese gemeinsame Augenhöhe, die Popadić dazu bringt, die vermeintlichen Widersprüche in seiner Biografie – serbische Familie, Karriere in der Schweizer Armee und Erfolg im Kulturbetrieb – jenseits aller Klischees aufzulösen und Einblicke in einen zeitgemässen, schweizerischen Patriotismus zu geben, die ganz und gar ungewöhnlich sind (Seite 22).

Da ist die kluge und engagierte Analyse, die Ion Karagounis anstellt, weil ihm der Kampf gegen den Klimawandel zu langsam geht. Karagounis, beim WWF Schweiz

für Zukunftsfragen zuständig, verhehlt sein Engagement nicht. Das hindert ihn aber nicht daran, kühl und klug (und ein bisschen optimistisch) zu durchleuchten, was zu tun ist (Seite 16).

In unserer Titelgeschichte schliesslich widmet sich unser Reporter Christof Gertsch der Persönlichkeit Nemo. Er tut das mit Sympathie, Faszination und so viel Gründlichkeit, dass sein Porträt eines Pop-Phänomens zu einem Porträt einer ganzen Gesellschaft wird – und einer Generation, die sich anschickt, diese Gesellschaft zu verändern (Seite 8).

Wir drücken Nemo die Daumen für den Eurovision Song Contest. Wir wissen aber nach der Lektüre dieses herausragenden Porträts, dass Nemo längst schon gewonnen hat.

Ein schönes Wochenende wünscht Ihnen

**CHRISTIAN SEILER**

---

## GSELLA MACHT SICH EINEN REIM AUF ...

### Eurovision Song Contest

Das soll ich schlucken?!  
Den ESC?! Na, ich doch nicht.  
Pardon, ich wahre mein Gesicht:  
Ich lasse gucken.

Denn Frau und Kinder,  
Die sind nicht so. Die gucken fern  
Und grad den ESC sehr gern.  
Der Hund nicht minder.

Und kaum ists aus,  
Beschreiben sie mir lang, wies lief,  
Und so ist auch mein Einblick: tief.  
Ich bin fein raus.

THOMAS GSELLA

---

«Lieben, Leben, sterben lassen»: Am 9. Mai um  
19.30 Uhr liest Thomas Gsella im Keller-Lokal des Friedhof  
Forum Zürich aus seinen Gedichten.

- 8 Nemo tritt für die Schweiz beim Eurovision Song Contest an. Und wie! Porträt von **CHRISTOF GERTSCH**
- 16 Der Kampf gegen den Klimawandel kommt nicht in Fahrt. Fünf Ideen zur Beschleunigung von **ION KARAGOUNIS**
- 22 Luka Popadić ist Offizier, Filmer und ein ungewöhnlicher Patriot. Gespräch von **SASCHA BRITSKO**
- 4 **PHILIPP LOSER** erwärmt sich für die Generation Z
- 4 **NADINE JÜRGENSEN** wünscht sich grünere Banken
- 5 **RONJA FANKHAUSER** kuriert mit Zusammensein
- 6 **KROGERUS & TSCHÄPELER** fangen neu an
- 7 **CHRISTIAN SEILER** liest und isst Butter
- 15 **WAHL DER WOCHE** zwischen Sandale und Randalde
- 25 **WAS WIR LESEN** kann Türen schliessen
- 29 **EIN TAG IM LEBEN** einer Frau, die Frauen hilft
- 30 **MAX KÜNG** erkennt im Käse den Kosmos
- 31 **TRUDY MÜLLER-BOSSHARD** Rätsel N°18